



Nachgefragt

Wie funktioniert wirksamer Klimaschutz im Gebäudesektor?

Schwerpunkt Europa

EU-Haushalt braucht europäischen Mehrwert

Standpunkt

Prägende Jahre durch Mario Draghi

Abgeordnete in den USA passen ihr Abstimmungsverhalten aufgrund von Spenden bestimmter Interessengruppen an.

Foto: © iStockphoto.com/carterdayne

Interessengruppen in den USA beeinflussen Abstimmungsverhalten bei strittigen Gesetzen

Mit Stimmenkauf zur Stimmmehrheit: Interessengruppen spenden vermehrt an Abgeordnete des US-amerikanischen Repräsentantenhauses, um besonders strittige Gesetze mit einer knappen Mehrheit doch noch durchzubringen. Eine besonders attraktive Zielgruppe sind hierbei Abgeordnete, die dem jeweiligen Gesetzesvorschlag unvoreingenommen gegenüberstehen. Vor allem in Wahljahren nehmen die Aktivitäten von Interessengruppen rund um Abstimmungstermine von Gesetzesentwürfen deutlich zu. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW Mannheim gemeinsam mit der Universität Basel, der Universität St. Gallen und der Universität Bozen.

Die Studie untersucht, wie Spenden zur Wahlkampffinanzierung und legislative Entscheidungen zusammenhängen und ob Spenden tatsächlich das Abstimmungsverhalten von Abgeord-

neten im US-Repräsentantenhaus mit Blick auf den Gesetzgebungsprozess beeinflussen. Der Fokus der Studie liegt dabei auf solchen Gesetzesentwürfen, die mit einem knappen Stimmentvorsprung verabschiedet oder abgelehnt wurden, also Abstimmungen mit einem Ja-Anteil von knapp um die 50 Prozent.

Basis der Studie bilden Daten zu namentlichen Abstimmungen und Wahlkampfspenden im US-amerikanischen Repräsentantenhaus in den Jahren 1990 bis 2014. Die Daten zu namentlichen Abstimmungen und Gesetzen stammen aus Veröffentlichungen des US-Repräsentantenhauses, der Library of Congress sowie des Government Publishing Office (GPO) der USA. Die Daten zu den individuellen Wahlkampfspenden wurden vom Center for Responsive Politics (CRP) zur Verfügung gestellt.

In der Tat stellt die Studie einen Zusammenhang zwischen zeitlich abgestimmten Spenden von Interessengruppen und der

Die ZEW-Studie zeigt, wie zeitlich abgestimmte Spenden von Interessengruppen und legislative Entscheidungen zusammenhängen.



Foto: © iStockphoto.com/ablokhin

Verabschiedung strittiger Gesetze fest. Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus stimmen Gesetzesentwürfen dabei eher knapp zu, als dass sie dagegen stimmen.

Um den Zeitpunkt von namentlichen Abstimmungen herum betrachten die Wissenschaftler/innen die gesamten täglichen Wahlkampfspenden an Abgeordnete über einen Zeitraum von vier Wochen vor und nach dem Abstimmungstag. Spenden an Abgeordnete in diesem Zeitraum liegen bei Gesetzesentwürfen, die mit knapper Mehrheit verabschiedet wurden, im Durchschnitt höher als bei Gesetzesentwürfen, die mit dem gleichen engen Spielraum abgelehnt wurden. Im Durchschnitt steigen die täglichen Spendenzuflüsse in den vier Wochen vor und nach der Abstimmung um rund 190.000 US-Dollar. Das zeigt, dass der Überschuss der Ja-Stimmen anscheinend systematisch mit den Interessen der Spender zusammenhängt.

Interessengruppen spenden eher an unentschlossene Abgeordnete

Das Gros der Spenden fließt an Abgeordnete, die zwar bereit scheinen, das jeweilige Gesetz zu verabschieden, aber als noch unentschlossen gelten. Gerade diese indifferenten Abgeordneten sind für Interessengruppen äußerst interessant. Lobbyisten benötigen daher genaue Kenntnisse über die Einstellungen von US-Kongressabgeordneten und richten ihre Aktivitäten entsprechend aus. Wenn Interessengruppen also gut über die jeweiligen Präferenzen der Abgeordneten informiert sind, können sie gezielt solche ansprechen. Wenn dies nicht der Fall ist, müssen Interessengruppen bei schlechter Informationslage an zufällig ausgewählte Abgeordnete spenden, was zu einer geringeren Effizienz der Spenden und einer geringeren Auswirkung auf die Abstimmungsergebnisse führen kann.

Aktivitäten von Interessengruppen wirken sich in Wahljahren stärker aus

Ferner zeigt die Studie, dass sich die Aktivitäten von Interessengruppen in Wahljahren gravierender auswirken als in Jahren ohne Wahltermine. So ist in Wahljahren der Unterschied zwischen den Spenden bei knapp verabschiedeten und knapp verlorenen Abstimmungen in den vier Wochen vor und nach der Abstimmung mit durchschnittlich 280.000 US-Dollar noch deutlich höher. Grund dafür ist mutmaßlich, dass Abgeordnete mehr

Geld zur Finanzierung ihrer Wahlkampagnen benötigen. Zudem haben Interessengruppen während der Wahljahre einen leichteren Zugang zu Abgeordneten, da sie sich häufiger treffen (zum Beispiel während Spendenaktionen) und somit leichter ihre Interessen platzieren können.

Darüber hinaus stellen die Autoren/-innen ein Zeitmuster von systematischen Unregelmäßigkeiten bei Spenden um den Abstimmungszeitpunkt fest. Mit anderen Worten: Spenden zeigen bereits ihre Wirkung, bevor das (sehr knappe) Abstimmungsergebnis feststeht. Zeitlich genau abgestimmte Spenden wirken sich also auf die Abstimmung strittiger Gesetze aus und nicht umgekehrt. Im Zeitraum von etwa zehn Tagen vor der Abstimmung bis zum Tag nach der Abstimmung sowie im Zeitraum von 15 bis 24 Tagen nach der Abstimmung in Wahljahren sind die Finanzierungsaktivitäten am intensivsten. Geld könnte unmittelbar vor der Abstimmung einen Motivator und danach eine Belohnung der Abgeordneten darstellen.

Wahlkampfspenden sind ein wirksames Mittel zur Verabschiedung strittiger Gesetze

Wenn ein Gesetzesentwurf strittig ist und das entsprechende Abstimmungsergebnis voraussichtlich mit einem relativ knappen Spielraum entschieden wird, kann schon die Stimmabgabe eines einzelnen oder ganz weniger Abgeordneter zur Ablehnung oder zur Verabschiedung dieses Gesetzes führen. Für die Interessengruppen steigt daher der Grenznutzen für die erforderlichen 50 Prozent stark an, das heißt, einen weiteren Abgeordneten mit einer hohen Spende zu überzeugen, ist kosteneffizient. Interessengruppen unterstützen im Allgemeinen solche Abgeordnete finanziell, die eine ähnliche politische Position wie sie selbst vertreten. Beide Seiten beeinflussen sich hier gegenseitig: Die Interessengruppe unterstützt Abgeordnete, deren bisheriges Abstimmungsverhalten an politische Präferenzen der Interessengruppe ausgerichtet ist, und die Abgeordneten wiederum passen ihr Abstimmungsverhalten aufgrund von Spenden bestimmter Interessengruppen an. Das macht eine klare Identifikation des Wirkungszusammenhangs typischerweise schwierig. Die vorliegende Studie präsentiert einen neuen Ansatz, wie dieser Zusammenhang untersucht werden kann.

Die Studie in englischer Sprache findet sich in Kürze zum Download unter: www.zew.de/WS51

Dr. Michaela Slotwinski, michaela.slotwinski@zew.de

Gründungen in FuE-intensiven Industriezweigen gehen deutlich zurück

Im Jahr 2018 ist die Anzahl der Unternehmensgründungen in Deutschland gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Besorgniserregend sind insbesondere die rückläufigen Gründungszahlen in den Industriezweigen, die besonders intensiv Forschung und Entwicklung (FuE) betreiben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Auswertung des ZEW für die gemeinsam mit Creditreform herausgegebene Zeitschrift „Junge Unternehmen“. Basis der Auswertung sind die aktuellen Zahlen aus dem Mannheimer Unternehmenspanel (MUP).

Der Rückgang 2018 ist mit fast vier Prozent der stärkste seit 2014. Bei rund 155.000 Unternehmensgründungen im Jahr 2018 sind das 6.000 Neugründungen weniger als noch 2017 und fast 60.000 weniger als vor zehn Jahren. Die geringere Anzahl an Gründungen erklärt sich zum einen aus der nach wie vor guten Lage am Arbeitsmarkt und den dadurch guten Beschäftigungsmöglichkeiten. In dieser günstigen Situation besteht kein großer Druck für Arbeitnehmer/innen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Zum anderen geht die Anzahl an potenziellen Gründern/-innen bereits seit einigen Jahren zurück, da gründungsstarke Altersklassen demografiebedingt schrumpfen.

Die Berechnungen des ZEW zeigen, dass der Rückgang der Gründungen nicht alle Branchengruppen der deutschen Wirtschaft gleichermaßen betrifft. So fällt etwa die Abnahme der Gründungstätigkeit im Handel mit zehn Prozent besonders hoch aus. Ursache hierfür könnte zum einen die Befürchtung seitens der Unternehmen der Branche sein, dass die Konjunktur sich eintrüben könnte, was sich über Nachfragerückgänge auf die Geschäftsmöglichkeiten im Handel auswirken würde. Eine weitere Ursache sind die derzeit schwierigen globalen Handelsbedingungen, die für Gründungen, die auf Außenhandel setzen (Im- und Export), eher düstere Aussichten erwarten lassen.

Besorgniserregend ist der deutliche Rückgang bei den Gründungen in den Industriebranchen, insbesondere in der FuE-intensiven Industrie. Denn der starke Rückgang der Gründungen in den FuE-intensiven Industriezweigen der Spitzentechnologie und der höherwertigen Technologie lässt sich, anders als im

Handel, mit den Bedingungen der allgemeinen Konjunkturlage und des globalen Handels Umfelds kaum erklären.

Gerade die Gründungen in der FuE-intensiven Industrie weisen häufig einen höheren Grad der Spezialisierung auf und sehen sich daher naturgemäß einem kleineren Wettbewerbsumfeld gegenüber. Dies sollte sie eigentlich widerstandsfähiger gegenüber Einbrüchen der aggregierten Nachfrage machen. Gleichwohl wurden im Jahr 2018 in den FuE-intensiven Industriebranchen nur noch etwas mehr als 1.100 Unternehmen und damit 15 Prozent weniger als im Vorjahr gegründet.

Entwicklung bei FuE-intensiven Start-ups ist nicht zufriedenstellend

Zwar ist ein Rückgang der Gründungstätigkeit in FuE-intensiven Industriebranchen nicht per se ein Indikator für eine sinkende Innovationskraft einer Volkswirtschaft, vollzieht sich doch ein Großteil der Innovationsaktivitäten in Deutschland innerhalb etablierter Unternehmen. Jedoch sagt der Indikator viel darüber aus, in welchem Wettbewerbsumfeld diese etablierten Unternehmen stehen. Viele neue Technologiefelder wurden erst durch Start-ups in den Markt gebracht und fanden danach entweder durch Kauf der Technologie oder Akquise des Start-ups ihren Weg in etablierte Unternehmen. Sofern im deutschen Innovationsystem etablierte Unternehmen zukünftig nicht eine noch größere Rolle einnehmen, ist die Entwicklung bei FuE-intensiven Start-ups mit Blick auf die globale Wettbewerbsstärke der deutschen Wirtschaft nicht zufriedenstellend.

Im Gegensatz zur Industrie, dem Baugewerbe und dem Handel bleibt die Gründungstätigkeit in den Dienstleistungsbranchen im Vergleich zu den Vorjahren nahezu konstant. Dies könnte im Falle der sonstigen Dienstleistungen auf die relativ schwächere Eingebundenheit in globale Märkte zurückzuführen sein.

Die Publikation „Junge Unternehmen“ findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU81051

Dr. Johannes Bersch, johannes.beresch@zew.de
Dr. Georg Licht, georg.licht@zew.de

INHALT

Interessengruppen in den USA beeinflussen Abstimmungsverhalten bei strittigen Gesetzen	1
Gründungen in FuE-intensiven Industriezweigen gehen deutlich zurück	3
Wirtschaftliche Schieflage von Banken belastet Unternehmenskunden	4
Schwerpunkt Europa	5

Kita-Besuch von Kindern aus geflüchteten Familien verbessert Integration ihrer Mütter	8
Nachgefragt: Wie funktioniert wirksamer Klimaschutz im Gebäudesektor?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine	11
Standpunkt	12



Geraten Banken in eine wirtschaftliche Schieflage, können darunter ihre Unternehmenskunden leiden.

Foto: © iStockphoto.com/Warchi

Wirtschaftliche Schieflage von Banken belastet Unternehmenskunden

Sind Banken in eine wirtschaftliche Schieflage geraten und daher auf Rettungsmaßnahmen durch ihre Dachorganisationen angewiesen, können darunter die Kunden der betroffenen Banken leiden. Konkret steigt die Gefahr, dass die Unternehmenskunden der geretteten Geldhäuser nicht mehr ausreichend Lieferantenkredite zur Verfügung haben und daher selbst in finanzielle Schwierigkeiten geraten können. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie, die gemeinsam von Wissenschaftlern/-innen des ZEW Mannheim, der Deutschen Bundesbank und der Universität Leuven durchgeführt wurde.

Die Studie untersucht für den Zeitraum der Jahre 2000 bis 2011, wie sich die Rettung von angeschlagenen Kreditinstituten mittels Kapitalhilfen auf Unternehmen der Realwirtschaft auswirkt, die in Kundenbeziehungen zu den betroffenen Banken stehen. Dabei unterscheiden die Autoren/-innen der Analyse einerseits zwischen konjunkturell normalen Zeiten und Krisenzeiten. Andererseits betrachten sie sowohl Unternehmen, deren Hausbanken typischerweise enge Kundenbeziehungen unterhalten, als auch solche Unternehmen, deren Banken eine deutlich geringere Nähe zu ihren Unternehmenskunden pflegen. Die Vergleichsgruppe stellen jeweils Unternehmen dar, deren Hausbanken ebenfalls angeschlagen, aber nicht auf Kapitalhilfen angewiesen waren.

Vielfältige Auslöser für Schieflage bei Banken

Auslöser dafür, dass Banken in eine wirtschaftliche Schieflage geraten, sind etwa Probleme mit dem Hypothekenbestand, unerwartete Zahlungsausfälle von Kreditnehmern oder strukturelle Probleme bei bestimmten Geschäftsmodellen. Sind Kapitalhilfen nötig, erhalten die jeweiligen Dachorganisationen üblicherweise weitreichende Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die betroffene Bank und veranlassen Restrukturierungs- und Entschuldungsmaßnahmen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass für die Unternehmenskunden einer geretteten Bank das Risiko, laufende Kredite nicht mehr zurückzahlen zu können, um rund zehn Prozent steigt.

Darüber hinaus verringern oder verteuern sich durch die Schieflage der Banken auch weitere Möglichkeiten der externen Finanzierung für betroffene Unternehmenskunden.

Ein Beispiel hierfür sind Lieferantenkredite: Das empfohlene Kreditlimit für solche Kredite sinkt für die betroffenen Unternehmenskunden um elf Prozent. Schließlich hat dieser verringerte Finanzierungszugang laut der ZEW-Studie auch ganz reale Auswirkungen. So nimmt der Umsatz von betroffenen Unternehmenskunden um gut 8,5 Prozent nach der Rettung ihrer jeweiligen Hausbanken ab.

Feste Kunde-Bank-Beziehung bietet Schutz

Ein geschnürtes Bankenrettungspaket erhöht zwar das Kreditrisiko von Unternehmen, deren Hausbank auf externe Hilfe angewiesen ist. Die Wissenschaftler/-innen können aber auch bestätigen, dass eine gewachsene und feste Kunde-Bank-Beziehung die Unternehmen vor möglichen Kreditklemmen schützt. Letzteres Phänomen trägt allerdings auch dazu bei, dass allzu risikoaffine oder schwache Unternehmen selbst in Krisenzeiten nicht aus dem Markt verschwinden – ein Phänomen, das langfristig zu einer schlechteren Kreditversorgung insbesondere junger und innovativer Unternehmen führen kann.

Für ihre empirische Analyse haben die Wissenschaftler/-innen mit einer repräsentativen und einzigartigen Datengrundlage gearbeitet. Für die Ausgangsbetrachtungen griffen sie zunächst auf das Mannheimer Unternehmenspanel (MUP) des ZEW zurück. Das MUP umfasst für fast alle wirtschaftsaktiven Unternehmen in Deutschland außerhalb des Bankensektors Angaben zur individuellen Bonität, zur Beziehung mit der Hausbank, zu Umsätzen und zur Mitarbeiterzahl sowie eine Reihe branchenspezifischer Eigenheiten. Es stellt damit die umfangreichste Datenbank zu Unternehmen in Deutschland dar, abgesehen vom offiziellen Unternehmensregister des Statistischen Bundesamtes, das für Forschungszwecke nicht zur Verfügung steht.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU81095

Dr. Johannes Bersch, johannes.bersch@zew.de



Schwerpunkt EUROPA

Im EU-Haushalt kommt es auf den europäischen Mehrwert an

Mit Blick auf vielfältige neue Herausforderungen sollte die EU ihren Haushalt im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021 bis 2027 neu ausrichten. Denn der bisherige Haushalt hat die falschen Finanzierungsschwerpunkte gesetzt. Da Großbritannien bald als Beitragszahler wegfällt und auf die verbleibenden Mitgliedsstaaten Zusatzlasten zukommen, ist es umso wichtiger, jetzt die Weichen für eine Umstrukturierung des europäischen Haushalts zu stellen.

Allein die Agrar- und die Kohäsionspolitik absorbiert zwei Drittel des Haushaltsvolumens. Der europäische Nutzen ist dabei jedoch höchst fragwürdig. Ziel muss es sein, den europäischen Haushalt viel konsequenter als bisher auf einen europäischen Mehrwert hin auszurichten: Die EU sollte nur noch solche Politikfelder finanzieren, die sie nachweisbar gewinnbringender bereitstellen kann als die nationale Ebene.

In der Agrarpolitik droht ein Wettlauf nach unten

Vor allem die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bedarf für den nächsten MFR umfassender Reformen. Im Jahr 2018 war sie immer noch der dominierende Posten im EU-Haushalt. Mit 56 Milliarden Euro entfielen knapp 40 Prozent des Gesamtbudgets auf die GAP. Auf 100 Euro, die an die Landwirte fließen, kamen gerade einmal zehn Euro für Migration und Sicherheit und ein einziger Euro für die europäische Verteidigungspolitik. Die traditionellen Legitimierungsversuche für dieses hohe Gewicht der Agrarzahungen können nicht überzeugen. Häufig wird die Ansicht vertreten, dass die Direktzahlungen die Landwirte dafür kompensieren, dass sie öffentliche Güter in den Bereichen Tier-, Klima- oder Umweltschutz bereitstellen. Die bisherigen Öko-Regeln der EU – „Cross Compliance“ und „Greening“ – stellen allerdings keinen substantziellen Zusammenhang zwischen den Direktzahlungen und den ökologischen Bemühungen der Landwirte her: Entweder fordern sie lediglich die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, oder sie sind so vage und wenig ambitioniert, dass sie weitgehend unwirksam bleiben.

Für den kommenden MFR plant die Europäische Kommission, die Verantwortung für die Verwendung der Agrarmittel den Mitgliedsstaaten zu übergeben. Diese sollen selbst festlegen, welcher Anteil der Direktzahlungen an Öko-Regelungen gebunden sein soll. Diese Entscheidung darf aber gerade nicht den einzelnen Staaten überlassen werden. Mit der Flexibilisierung besteht die Gefahr eines Abwärts-Wettlaufs beim Umweltschutz. In diesem Wettbewerb wären die Bauern in Ländern mit geringen Umweltauflagen die Gewinner. Für sie wären die Zahlungen aus Brüssel ein Pauschaltransfer ohne Gegenleistung. Die ambitionierten Staaten dagegen müssten letztlich ihre Standards absenken. Daher bleiben zwei sinnvolle Strategien für die Reform der GAP: Entweder sollten die Direktzahlungen in eine wirklich effektive Finanzierung öffentlicher Güter mit Agrarbezug transformiert werden. Oder aber sie sollten kurzfristig abgeschmolzen und langfristig eliminiert werden.

Wohlhabende Regionen sollten Förderansprüche zurückschrauben

Ein weiterer reformbedürftiger Haushaltsposten ist die Kohäsionspolitik. Die Förderung des sozialen, regionalen und territorialen Zusammenhalts gehört mit Recht zu den bedeutendsten Zielen der EU. Fraglich ist jedoch, ob die Kohäsionspolitik in ihrer heutigen Form wirklich noch auf dieses Ziel hin ausgerichtet ist. Nicht nur die wenig entwickelten, auch die wohlhabendsten Regionen und Staaten Europas sind heute förderfähig. Das trägt zwar dem politischen Bedürfnis Rechnung, möglichst alle EU-Regionen zu begünstigen. Es bewirkt aber, dass sich die Ausgaben für die Kohäsionspolitik verstemmen. Deshalb sollte die EU wieder ausschließlich schwach entwickelte Regionen fördern. Das wäre nicht als Absage an die europäische Solidarität zu werten, sondern ganz im Gegenteil als konsequente Umsetzung des Solidaritätsgedankens. Im Erfolgsfall würde sich die Kohäsionspolitik auf diese Weise selbst erledigen und damit Ressourcen für andere Politikfelder frei machen.

Eine von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Kopplung der Kohäsionsmittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards in den Empfängerländern ist zu begrüßen. Kohäsionspolitische Transfers können nur in einem Umfeld der Rechtssicherheit und der Transparenz erfolgreich sein.

Um auf wohlhabende Mitgliedstaaten Rücksicht zu nehmen, gibt es geeignetere Möglichkeiten als die Agrar- und Kohäsionspolitik: Oberhalb einer gewissen Schwelle könnten EU-Staaten einen Rabatt auf ihre Einzahlungen erhalten. Der Vorteil eines solchen Systems wäre, dass diese Staaten dann nicht mehr auf Rückflüsse aus den Transferpolitiken Agrar und Kohäsion ange-

wiesen wären. Die MFR-Verhandlungen könnten sich somit auf den europäischen Mehrwert der Ausgaben statt auf Verteilungsfragen konzentrieren. Aktuell beträgt das Budgetvolumen der EU etwa ein Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Union. Für die Mehrausgaben zugunsten von Politikfeldern mit europäischem Mehrwert sollte das Budget jedoch vorerst nicht erhöht werden. Stattdessen sollte die neue EU-Kommission zunächst interne Finanzierungsspielräume nutzen, um die Ausgaben von den traditionellen Transferpolitiken hin zu Politikfeldern mit eindeutiger europäischer Mehrwert zu verlagern.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

Europa nur als Win-Win-Projekt erfolgreich

In Zeiten des Brexits, der andauernden Eurokrise und des politischen Aufstiegs europakritischer Kräfte steht die Europäische Union vor großen Herausforderungen. Während sich in Brüssel die EU-Kommission neu zusammensetzt, wurden am ZEW in Mannheim beim ersten „Europäischen Abend“ die Zukunft der EU und die Chancen einer Neuausrichtung diskutiert.

„Wir feiern in diesem Jahr den 20. Geburtstag des Euro, doch die Feierstimmung bleibt aus“, eröffnete ZEW-Ökonom Prof. Dr. Friedrich Heinemann nach der Begrüßung der rund 110 Gäste durch den Kaufmännischen Direktor des ZEW, Thomas Kohl, sein Impulsreferat zu den Herausforderungen der EU im Licht der ZEW-Forschung. Am Beispiel des Euro-Skeptizismus veranschaulichte der Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, wie nationale Interessen der EU-Mitgliedsstaaten immer wieder europäische Interessen verdrängen. Die Auseinandersetzung mit Herausforderungen wie diesen stehe mithin auf der Europa-Agenda des ZEW. Der EU riet Heinemann zu Reformpaketen, die die Interessen der Mitgliedsstaaten ernst nehmen: „Europa kann nur als Win-Win-

Projekt funktionieren. Reformen sollten dabei nicht isoliert, sondern im Zusammenspiel betrachtet werden.“

Im Anschluss skizzierte Guido Wolf, Baden-Württembergs Justiz- und Europaminister, das Europaleitbild der Landesregierung. Dabei stellte er große Überschneidungen mit der Agenda der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fest. Sein Bundesland, eine „bärenstarke“ europäische Region, habe dieselben globalen Themen im Visier, darunter Digitalisierung, Klimaschutz und Migration. Für die nächsten Jahre wünscht sich der Minister eine stärkere Einbeziehung der Regionalvertretungen: „Die EU muss ihren Regionen mehr zutrauen. Der Dialog zwischen Politikern und Bürgern gelingt vor Ort am besten und ist nicht auf regionale Probleme beschränkt.“

Es folgte eine abwechslungsreiche Podiumsdiskussion über die Zukunft der EU, die mit Rednern/-innen aus der Europa- und Landespolitik sowie der Wirtschafts- und Politikwissenschaft hochkarätig besetzt war und dank der Moderation von FAZ-Wirtschaftsjournalistin Heike Göbel kein EU-Streitthema ausließ. Joachim Menze, Leiter der Regionalvertretung der EU-Kommission in München, würdigte das Vizepräsidentenprinzip der EU-Kommission und lobte die Aufstellung für die kommenden fünf Jahre: „Ursula von der Leyen hat wichtige Positionen mit starken Personen besetzt, die in gemeinsamen Projekten und weniger in Zuständigkeiten und administrativen Säulen denken.“

ZEW-Ökonomin Annika Havlik brachte ein Erasmus-Programm für Rentner, Arbeitnehmer und sozial Schwächere ins Gespräch: „Damit hätten alle EU-Bürger die Möglichkeit, die Errungenschaften der Union zu erleben.“ Prof. Dr. Thomas König, Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft und Europäische Politik an der Universität Mannheim, spitzte die Debatte auf zwei Zukunftsalternativen zu: „Zum einen besteht die Möglichkeit der Einführung eines europäischen Parteiensystems, also die Stärkung des EU-Parlaments. Ein extremer Gegenschritt wäre der komplette Verzicht, Entscheidungen bei konfliktreichen Themen zu treffen, sprich die Rückkehr zur reinen Wirtschaftsunion.“

Eine Bildergalerie sowie ein Video zur Veranstaltung finden sich unter: www.zew.de/AM6814

Adam Aach, adam.aach@zew.de



Bei der Debatte auf dem Podium (v.l.): ZEW-Ökonomin Annika Havlik, Joachim Menze, Guido Wolf, Heike Göbel, ZEW-Ökonom Friedrich Heinemann und Thomas König.



Spezialisierung schützt vor Automatisierung

Die dritte ZEW Lunch Debate im Jahr 2019, die am 23. Oktober in der Brüsseler Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union stattfand, begann mit einer Entwarnung: Nicht die Zahl, sondern die Art der Jobs wird sich im Zuge der Digitalisierung verändern, versicherte Dr. Ulrich Zierahn, Senior Researcher im ZEW-Forschungsbereich „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“. Der ZEW-Ökonom skizzierte in einem Impulsvortrag vor rund 80 Fachleuten aus Verbänden, Unternehmen, Zivilgesellschaft und dem Brüsseler Politbetrieb die Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt. Dabei ging er auf die Ergebnisse einer aktuellen ZEW-Studie ein: „Die Untersuchung der Jahre 1999 bis 2010 hat gezeigt, dass Automatisierungsprozesse bisher mehr Jobs geschaffen als zerstört haben.“ Allerdings seien nicht alle Tätigkeitsfelder gleichermaßen von den Folgen der Digitalisierung betroffen. „Während interaktive und analytische Tätigkeiten dem Wandel standhalten, sind vor allem Routinetätigkeiten gefährdet. Damit steigt die Gefahr einer wachsenden Ungleichheit“, so Zierahn. Aufgabe von Politik und Unternehmen müsse es sein, Erwerbstätige durch Training und gezielte Unterstützung auf die Transformation der Arbeitswelt vorzubereiten. Diskussionsgegenstand dürfe weniger der Verlust von Arbeitsplätzen sein, sondern eher die Frage, wie man den technologischen Wandel bewältigt.

Genau darum ging es in der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Ralph Sina, Leiter des WDR-Hörfunkstudios in Brüssel. Ignacio Doreste vom Europäischen Gewerkschaftsbund schloss sich den Ergebnissen der Studie an und stritt die Chancen des technologischen Wandels nicht ab. Tatsächlich überwiege unter Arbeitnehmern/-innen jedoch die Angst. „Wir befürchten eine zunehmende Polarisierung des europäischen Arbeitsmarktes in Bezug auf Löhne und Fähigkeiten mit Geringqualifizierten auf der Verlierer- sowie mittel- und hochqualifizierten Erwerbstätigen auf der Gewinnerseite“, erklärte Doreste. Andrea Glorioso von der Generaldirektion CONNECT bei der EU-Kommission räumte ein, dass die Behörde diese Sorgen ernst nehmen müsse, betonte aber auch, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten nicht der Verantwortung entziehen dürften: „Die Bewältigung des digitalen Wandels gelingt am besten, wenn wir die Aufgaben der Arbeitsmarkttransformation unter den Mitgliedsstaaten aufteilen. Auf europäischer Ebene müssen wir uns um die Koordination und Weitergabe von Wissen kümmern.“

Mensch und Maschine arbeiten Hand in Hand

Für Prof. Dr. Melanie Arntz, stellvertretende Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“, kommt es auf die Flexibilität der Arbeitnehmer/innen an: „Digitale Transformation bedeutet nicht, dass wir alle plötzlich lernen müssen zu programmieren. Vielmehr geht es darum, sich dort interdisziplinär zu qualifizieren, wo Technologie nicht weiterkommt.“ Vor allem soziale und kommunikative Fähigkeiten seien in der heutigen Arbeitswelt durch Algorithmen und Roboter kaum

zu ersetzen. Die Politik müsse darauf achten, die Menschen bei der Transformation über alle Altersgrenzen und Qualifikationsniveaus hinweg mitzunehmen: „Auch die besten Talente und langjährige Beschäftigte müssen sich neu ausrichten. Wir lernen nie aus.“ Patrick Schwarzkopf, Vorstandsmitglied der International Federation of Robotics (IFR) und Direktor der in Brüssel ansässigen EUnited Robotics – the European Engineering Industries Association, sieht Lösungen in der hybriden Arbeitsteilung: „Die Talente von Mensch und Maschine verhalten sich komplementär zueinander und können sich gegenseitig ergänzen. Sie sollten Hand in Hand arbeiten, statt in Konkurrenz zueinander zu stehen.“ Roboter seien etwa bei körperlich anstrengenden Aufgaben unschlagbar, der Mensch wiederum bei feinmotorischen, sozialen und kommunikativen Tätigkeiten. Ein idealer Anwendungsbereich sei die Pflege. Dort mangle es derzeit an Personal, aber Fürsorge und persönlicher Umgang spielten eine enorme Rolle.

Soziale Sicherung im hochtechnisierten Arbeitsumfeld

Durch zahlreiche interessante Lösungsansätze und Nachfragen brachte sich auch das Publikum in die Diskussion ein. So wurde unter anderem eine Steuer auf Roboter angesprochen, durch die Weiterbildungsprogramme sowie Umschulungen finanziert und soziale Sicherungssysteme für Erwerbstätige verbessert werden könnten. Eine technologische Transformation sei nur sozial verträglich, wenn Arbeitnehmerrechte gestärkt würden. Zudem wurden ein bedingungsloses Grundeinkommen und die Einführung der 30-Stunden-Woche thematisiert. Für welche Konzepte sich Politik und Arbeitgeber in Europa schließlich entscheiden, werden die kommenden Jahre zeigen.

Felix Kretz, felix.kretz@zew.de
Adam Aach, adam.aach@zew.de



Auf dem Podium bei der ZEW Lunch Debate in Brüssel (v.l.): Ignacio Doreste, ZEW-Ökonomin Melanie Arntz, Moderator Ralph Sina, Andrea Glorioso und Patrick Schwarzkopf.

Foto: © FKPH



Foto: © iStockphoto.com/ BraunS

Kitas erleichtern die Integration von nach Deutschland geflüchteten Familien, davon profitieren insbesondere Mütter.

Kita-Besuch von Kindern aus geflüchteten Familien verbessert Integration ihrer Mütter

Besucht ein Kind aus einer nach Deutschland geflüchteten Familie hierzulande eine Kindertageseinrichtung (Kita), ist vor allem die Mutter deutlich besser in die Gesellschaft integriert. Unter anderem spricht und versteht sie besser Deutsch, hat eine höhere Arbeitsmarktorientierung und vermisst ihr Heimatland weniger. Unter dem Strich sind Mütter mit Kita-Kindern – gemessen an einem Gesamtindex für die Integration – um 42 Prozent besser integriert als nach Deutschland geflüchtete Mütter von Kindern im Kita-Alter, die keine Kindertageseinrichtung besuchen.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die Wissenschaftler/innen des ZEW Mannheim und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) gemeinsam auf Basis eines repräsentativen Datensatzes durchgeführt haben. Für die Untersuchung wurden Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von nach Deutschland Geflüchteten aus den Jahren 2016 und 2017 ausgewertet.

Die Analysen zeigen, dass die Integration von Müttern und Vätern erwartungsgemäß auch mit vielen anderen Merkmalen zusammenhängt, etwa ihrer Schulbildung oder Aufenthaltsdauer. Doch selbst wenn man dies berücksichtigt, bleibt der Kita-Besuch relevant: Insbesondere Mütter mit einem Kita-Kind sind sehr viel besser integriert als Mütter, deren Kinder nicht in einer Kita betreut werden. Zudem ist bei Müttern der Zusammenhang deutlich stärker (42 Prozent) als bei Vätern (11 Prozent).

Mehr Potenzial vorhanden

Dass der Effekt des Kita-Besuchs auf die Integration der Mutter nur ein „Scheineffekt“ ist, können die Studienautoren/-innen ausschließen. Der Einfluss des Kita-Besuchs des Kindes auf die Integration der Mutter ist im statistischen Sinne signifikant, auch wenn man eine potenziell andere Wirkungsrichtung ausschließt. Der Effekt ist zudem umso größer, je länger die Kinder in einer Kita betreut werden.

Kinder mit Fluchthintergrund gehen im Vergleich zu anderen Kindern allerdings deutlich seltener in eine Kita. Während im Jahr 2017 rund 90 Prozent aller dreijährigen Kinder in Deutschland in einer Kita betreut wurden, waren es unter den dreijährigen Kindern aus geflüchteten Familien nur rund 60 Prozent. Das Potenzial, das Kindertagesstätten zur besseren Integration von Flüchtlingsfamilien bieten, ist daher längst nicht ausgeschöpft. So vermuten die Autoren/-innen der Studie das der Effekt damit zusammenhängt, dass Kitas Eltern eine gute Möglichkeit bieten können, Deutsch zu sprechen oder zu hören, wodurch der direkte Kontakt mit der Sprache des für sie neuen Landes erhöht wird. Außerdem können Eltern während des Kitabesuchs ihrer Kinder Sprachkurse besuchen oder an Weiterbildungen teilnehmen. Die Aufnahmebereitschaft von Kitas für Kinder aus geflüchteten Familien kann zudem ein Willkommensgefühl vermitteln, das den Eltern zu einer positiveren Einstellung mit Blick auf die eigenen Integrationsaussichten verhilft.

Herausforderungen bestehen auch weiterhin

Obwohl frühkindliche Bildung und Betreuungseinrichtungen die Integration nicht alleine bewerkstelligen können, deuten die Ergebnisse der Studie doch auf den hohen Stellenwert dieser beiden Faktoren hin. Trotzdem bestehen auch weiterhin Herausforderungen. Kitas könnten mit mehr Ressourcen ausgestattet sein, um eine umfassendere Unterstützung der Familien mit Fluchthintergrund zu ermöglichen. So ließen sich laut Studie Kindertageseinrichtungen zu Zentren für Familien weiterentwickeln, die die Bedarfe von Kindern, Eltern und der Familie als Ganzes adressieren könnten.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PM6858

Ludovica Gambaro, Ph.D., lgambaro@diw.de
Dr. Guido Neidhöfer, guido.neidhoefer@zew.de
Prof. Dr. C. Katharina Spieß, kspiess@diw.de

Nachgefragt: Wie funktioniert wirksamer Klimaschutz im Gebäudesektor?

„Subventionen und Ordnungsrecht machen die Wärmewende unnötig teuer“

Der Gebäudesektor ist einer der größten Endenergieverbraucher und Emittenten von Kohlenstoffdioxid in Deutschland. Bis zum Jahr 2030 soll der CO₂-Ausstoß in diesem Sektor von aktuell 117 Millionen Tonnen auf 72 Millionen Tonnen reduziert werden und ab 2050 bei nahezu null liegen. Um diese Ziele zu erreichen, setzt die Bundesregierung in ihrem jüngst erarbeiteten Klimapaket auf eine Kombination von Förderprogrammen, Ordnungsrecht, einer CO₂-Bepreisung sowie Informationen und Beratung. Im Interview diskutiert ZEW-Umweltökonomin Kathrine von Graevenitz, Ph.D. die Wirksamkeit dieser Maßnahmen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Klimapaket einen CO₂-Preis von zehn Euro pro Tonne ab 2021 vorgesehen, der bis zum Jahr 2025 auf 35 Euro pro Tonne steigen soll. Sind die gesetzten Klimaziele damit zu erreichen?

Die explizite Bepreisung von CO₂-Emissionen in den Sektoren Verkehr und Gebäude ist an erster Stelle begrüßenswert. Allerdings führt die Bepreisung an sich nicht automatisch dazu, dass die Ziele eingehalten werden. Ein Emissionshandelssystem mit einer strengen Deckelung würde das Reduktionsziel sicherstellen – dies ist aber für das nationale Emissionshandelssystem nicht vorgesehen. Hier soll eine Preisobergrenze ab 2026 gelten.

Dadurch wird zwar die Preisunsicherheit für regulierte Akteure reduziert, aber möglicherweise auf Kosten des erklärten Ziels. Der bis 2025 vorgesehene CO₂-Preis ist zudem eindeutig zu niedrig. Die Monitoring-Kommission für die Energiewende empfiehlt in ihrer aktuellen Stellungnahme einen CO₂-Preis von 50 Euro und deutlich höhere Preise in der Zukunft.

Was bringen die von der Bundesregierung geplanten Subventionen von energetischen Sanierungen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Gebäudesektor?

Die Subventionen senken die mit einer energetischen Sanierung verbundenen Kosten. Allerdings sind Mitnahmeeffekte zu erwarten, da Hausbesitzer, die ohnehin ihre Immobilie saniert hätten, dies nun durch Zuschüsse oder steuerliche Förderungen vom Staat finanzieren. Ordnungsrechtliche Maßnahmen wie ein Verbot neuer Ölheizungen können wiederum die Kosten einer Sanierung erhöhen, was zu einem Sanierungsstau führen könnte. Zudem können in beiden Fällen oft Rebound-Effekte beobachtet werden: Durch eine effizientere Heiztechnologie wird das Heizen günstiger, was wiederum das Konsumverhalten ändern kann. So sind die tatsächlichen Einsparungen oft geringer als vorher erwartet. Die Regulierung durch förder- oder ordnungsrechtliche Instrumente ist insgesamt weniger kosteneffizient als die CO₂-Bepreisung und macht die Wärmewende unnötig teuer.

In einem Emissionshandelssystem sind die Kosten nicht nur die geringstmöglichen, sondern sie sind auch transparent: Die Grenzvermeidungskosten entsprechen genau den am Emissionsmarkt

gebildeten CO₂-Preisen. Diese Transparenz ist bei den förder- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen nicht gegeben.

Welche Konsequenzen haben eine CO₂-Bepreisung und Subventionen für Immobilienbesitzer und Mieter?

Die CO₂-Bepreisung trifft Haushalte mit niedrigem Einkommen relativ härter durch erhöhte Heizkosten. Für Eigentümer gibt es die Möglichkeit, durch Investitionen die mit dem Heizen verbundenen CO₂-Emissionen zu senken. Dies kann durch einen Wechsel der Energieträger, etwa von CO₂-intensivem Öl auf das weniger belastende Erdgas oder durch verstärktes Dämmen geschehen. Für die Mieter bestehen diese Möglichkeiten meistens nicht. Die Mieter können nur ihr Heizverhalten anpassen, indem sie weniger heizen. Die geplanten steuerlichen Förderungen für Investitionen kommen nur den Immobilienbesitzern zugute. Damit bleiben die Mieter – was diese Entlastung angeht – außen vor. Dazu kommt, dass Immobilienbesitzer häufiger als Mieter in den höheren Einkommenschichten vertreten sind.

Gibt es Verbesserungspotenzial bei den klimapolitischen Maßnahmen für den Gebäudesektor?

Die Bundesregierung müsste die CO₂-Bepreisung als das Leitinstrument der Klimapolitik etablieren. Damit wären die meisten förder- oder ordnungsrechtlichen Einzelmaßnahmen überflüssig. Zudem sollten sowohl bereits bestehende als auch die mit dem Klimaschutzprogramm 2030 neu eingeführten Maßnahmen unbedingt auf ihre tatsächliche Wirksamkeit und Kosteneffizienz systematisch überprüft werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die entsprechenden Daten zum Sanierungs- und Heizverhalten erhoben und der Forschung bereitgestellt werden können. Fallzahlen von Fördermaßnahmen und Förderausgaben alleine reichen für eine solche Evaluation nicht aus.



Foto: ZEW

Kathrine von Graevenitz, Ph.D.

ist stellvertretende Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ und beschäftigt sich in ihrer Forschungsarbeit mit politischen und ökonomischen Instrumenten des Klimaschutzes. Zuvor arbeitete sie in Kopenhagen beim dänischen Sach-

verständigenrat, einem unabhängigen Thinktank, der das dänische Parlament zu ökonomischen Fragen berät. Eine kritische Einordnung des Klimaschutzprogramms im Gebäudesektor liefern sie und ihre Ko-Autoren in einem aktuellen ZEW Policy Brief unter www.zew.de/PU81163

kathrine.vongraevenitz@zew.de

ZEW-Wissenschaftler/innen diskutieren Mobilitätsfragen in Peking

Das ZEW Mannheim organisierte gemeinsam mit der University of International Business and Economics (UIBE) in Peking und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung das diesjährige Beijing-Humboldt-Forum (BHF), das vom 21. bis 23. September 2019 in der chinesischen Hauptstadt stattfand. Das BHF bot den Teilnehmern/-innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vielfältige Vorträge zu den Themen Green Economy, kulturelles Erbe und künstliche Intelligenz.

Das ZEW veranstaltete eine Session mit dem Titel „Minderung des Klimawandels, Kontrolle der Luftverschmutzung und der Mobilitätssektor“. Umweltökonom/-innen aus Deutschland, China und den USA stellten Forschungsprojekte vor, welche die Effektivität unterschiedlicher Politikmaßnahmen zur Verringerung von Emissionen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene in den Fokus rückten. Moderiert wurde die Session von Prof. Dr. Andreas Löschel, ZEW Research Associate und Professor an der Universität Münster, sowie Prof. Dr. Bodo Sturm, ZEW Research Associate und Professor an der HTWK Leipzig, gemeinsam mit

Prof. Ou Xunmin, Ph.D., Tsinghua-Universität Peking. Ein besonderer Fokus lag dabei auf ökonomischen Fragestellungen rund um die vom Mobilitätssektor verursachten Emissionsbelastungen. Prof. Dr. Martin Kesternich, stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“, ging in seinem Vortrag auf die Rolle der Reichtumsangst bei der Kaufentscheidung bzw. Nutzung von E-Autos ein. ZEW-Umweltökonomin Carina Fugger stellte feldexperimentelle Ergebnisse zur Rolle des freiwilligen CO₂-Ausgleichs bei Kurierdienstleistungen unter Firmenkunden vor. Wesentliches Element des BHF war auch dieses Jahr der interdisziplinäre Dialog, der zentral ist für eine ganzheitliche Betrachtung der Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft.



Foto: UIBE
ZEW Research Associate Andreas Löschel im Vortrag.

ZEW gratuliert Gründungsmitglied Otto H. Jacobs zum 80. Geburtstag

Am 12. Oktober 2019 feierte Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs seinen 80. Geburtstag. Hierzu gratulieren ihm die Institutsleitung sowie die Mitarbeiter/innen des ZEW Mannheim sehr herzlich. Professor Jacobs war Mitglied in der Expertenkommission zur Gründung des Instituts und hat sich dort für den Standort Mannheim stark gemacht. An der sich anschließenden Entwicklung des ZEW zu einem der führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute hat Jacobs maßgeblich mitgewirkt. So war er von 1991 bis 2016 Mitglied im Aufsichtsrat des ZEW. „In diesem Gremium hat er sich engagiert in die Diskussionen um die europäische Ausrich-

tung und den gezielten Ausbau des Instituts eingebracht und so viel zu dessen Erfolg beigetragen“, sagt Thomas Kohl, kaufmännischer Direktor des ZEW. Neben seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Universität Mannheim engagierte sich Jacobs auch als Research Associate im ZEW-Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“. Hier schuf er die Grundlagen für den European Tax Analyzer, ein Computersimulationsprogramm für den Vergleich von Steuerbelastungen in mittlerweile 33 Ländern, und trug viel zu dem hohen Ansehen bei, das der Forschungsbereich heute im In- und Ausland genießt.

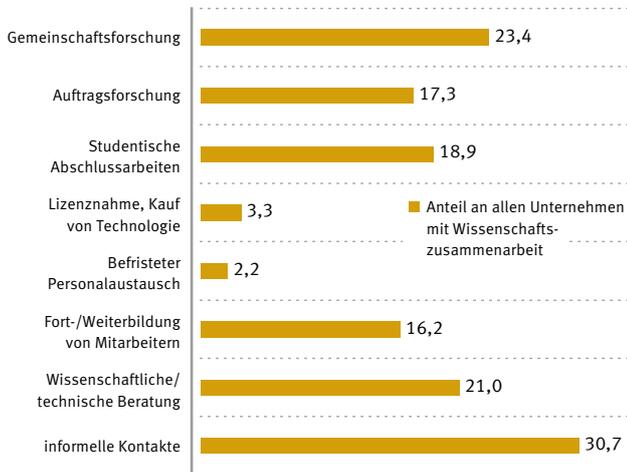
ZEW-betreutes Schüler-Team aus Weinheim entscheidet YES!-Finale 2019 für sich

„Greenpay“, das Projekt des Teams des Heisenberg-Gymnasiums aus Weinheim, hat den diesjährigen Schülerwettbewerb „YES! – Young Economic Summit“ gewonnen. Die Schülergruppe, die von Wissenschaftlern/-innen des ZEW betreut wurde, punktete beim Thema „Klimawandel und der europäische CO₂-Markt“ mit ihrem Konzept „Greenpay“. Dahinter verbirgt sich ein grünes Anreizsystem, das umweltbewusstes Verhalten auf der individuellen Ebene belohnt. Verbraucher/innen sammeln Öko-Punkte auf einem Greenpay-Konto, etwa durch den Kauf regionaler Lebensmittel oder die Nutzung ihres eigenen Kaffeebechers beim Bäcker. Diese Punkte können dann später in nachhaltige Prämien, wie eine Fahrradreparatur oder verbilligte Nahverkehrstickets, eingetauscht werden. „Das Konzept der Weinheimer Schülergruppe ist durchdacht und einfach – und es funktioniert! Mich hat begeistert, wie engagiert die Schüler/innen ihre Idee immer weiterentwickelt und vor Ort getestet haben“, sagt die wissenschaftliche Mentorin der Schülergruppe, ZEW-Ökonomin Carina Fugger.



Foto: YES – Young Economic Summit
Das „Greenpay“-Siegerteam des Weinheimer Heisenberg-Gymnasiums.

Informelle Kontakte sind wichtigste Form der Wissenschaftszusammenarbeit



Quelle: ZEW

Im Jahr 2017 haben 13 Prozent der Unternehmen in Deutschland mit Wissenschaftseinrichtungen (Hochschulen, Forschungsinstituten) zusammengearbeitet. 31 Prozent der kooperierenden Unternehmen gaben an, dass für sie informelle Kontakte eine hohe Bedeutung für den Zugang zum Know-how der Wissenschaft haben. Eine direkte Kooperation in Form von Gemeinschaftsforschung war für 23 Prozent der kooperierenden Unternehmen sehr bedeutend. Ein weiterer wichtiger Transferkanal sind studentische Abschlussarbeiten. Sie sind für 18 Prozent der kooperierenden Unternehmen von großer Bedeutung. Für 16 Prozent der Unternehmen sind die Fort- und Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter/innen in Wissenschaftseinrichtungen ein wichtiger Zugangsweg zum Know-how der Wissenschaft. Die Lizenznahme oder der Kauf von Technologien der Wissenschaftseinrichtungen und ein befristeter Personalaustausch spielen nur bei wenigen Unternehmen eine große Rolle.

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de

Finanzmarktexperten halten digitale Währungen ohne strenge Aufsicht für gefährlich

Digitale Währungen sind...

... ohne enge regulatorische Aufsicht eine Gefahr für die Finanzstabilität.



...bei richtiger Ausgestaltung eine insgesamt wohlfahrtsfördernde Innovation.



Stimme zu



Stimme nicht zu

Quelle: ZEW

Die Einführung und Ausgabe von digitalen Währungen wie Libra oder Bitcoin ohne strenge gesetzliche Auflagen sehen Finanzmarktexperten/-innen überwiegend kritisch: Rund 88 Prozent der Experten/-innen sind der Überzeugung, dass digitale Währungen ohne eine enge regulatorische Aufsicht eine Gefahr für die Finanzstabilität darstellen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Sonderfrage im ZEW-Finanzmarkttest, die das ZEW im September 2019 gestellt hat. Selbst bei einer richtigen, an die Marktverhältnisse angepassten regulatorischen Ausgestaltung sehen lediglich 45 Prozent der Umfrageteilnehmer/innen in digitalen Währungen eine wohlfahrtsfördernde Innovation. Diese pessimistische Einschätzung zeigt sich auch in den Erwartungen der Experten/-innen an die Nutzung digitaler Währungen der Jahre 2020 sowie 2030. Für Ende 2020 halten die befragten Experten/-innen eine digitale Zahlungsmöglichkeit im Alltag in Deutschland für wenig wahrscheinlich.

Dr. Dominik Rehse, dominik.rehse@zew.de



Wirtschaftsweiser stellt Gutachten vor

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, wird in der ZEW-Veranstaltungsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand am 05. Dezember 2019 das Jahresgutachten 2019/2020 des Sachverständigenrates vorstellen. Er wird die Kernaussagen der fünf Wirtschaftsweisen näher erläutern und die Handlungsempfehlungen für die Politik darlegen. Teilnahme nur auf persönliche Einladung.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA2991

Call for Papers

Das ZEW veranstaltet vom 23. bis 24. März 2020 die internationale Konferenz zum deutschen Arbeitsmarkt in einer globalisierten Welt. Der Schwerpunkt der Konferenz liegt auf Technologie, Handel und dem demografischen Wandel sowie deren Einfluss auf Beschäftigung, Löhne und Arbeitsmarktbeteiligung. Empirische und theoretische Beiträge zu diesem Thema können aus allen Bereichen der Wirtschaftswissenschaften und Soziologie mit den Schwerpunkten Arbeit, Bildung, Gesundheit oder Personalmanagement bis zum 20. Dezember 2019 eingereicht werden. Weitere Informationen unter: www.zew.de/AM6902



Foto: ZEW

Prägende Jahre durch Mario Draghi

Am 31. Oktober 2019 endete nach acht Jahren die Amtszeit von Mario Draghi als Präsident der Europäischen Zentralbank. Er hat die EZB wie kein anderer vor ihm geprägt.

Mit Draghi verbunden ist die Aussage „whatever it takes“. Im Juli 2012 versicherte er, „im Rahmen unseres Mandates alles Notwendige“ zu tun, um den Euro zu erhalten. Und es wirkte unmittelbar. Der Zinsaufschlag, den die griechische Regierung für ihre Anleihen zu dem Zeitpunkt zahlen musste, war zuvor rapide auf fast 28 Prozent hochgegangen. Auch Portugal, Spanien und Italien litten damals unter hohen Zinsaufschlägen von um die zehn Prozent auf ihre Staatsanleihen. Insbesondere einen Finanzkollaps Italiens hätte die Währungsunion nicht verkraftet. Nach Draghis Worten fielen die Zinsaufschläge schnell auf ein verkraftbares Niveau. Das gelungene Krisenmanagement und die Strategie, die Finanzmärkte durch wohlüberlegte Rhetorik zu beruhigen, sind ihm zuzuschreiben. Überhaupt ist in seiner Amtszeit die Kommunikation der EZB in den Markt zu einem strategischen Element der Geldpolitik geworden.

Die negativen Zinsen und die Ausweitung der Käufe von Staatsanleihen werden als weiteres Erbe mit Draghi in Verbindung gebracht werden. Lag der Einlagenzinssatz Ende 2011 noch bei 0,25 Prozent, ist er mittlerweile bei minus 0,5 Prozent. Der Zinssatz, zu dem sich Banken Geld bei der EZB leihen können, steht seit März 2016 bei null Prozent. Die Bilanzsumme der EZB, die größtenteils durch Ankäufe von Staatsanleihen geprägt ist, wuchs durch das umfangreiche Wertpapierkaufprogramm von insgesamt 2,6 Billionen Euro beginnend im März 2015 auf fast 4,7 Billionen Euro. Umstritten war zwar immer wieder und ist auch immer noch, ob die Zinssenkungen und die Anleihenkäufe in einem solchen Ausmaß notwendig waren. Aber die Notwendigkeit solcher Maßnahmen angesichts der konjunkturellen Lage stellt in der Wissenschaft kaum jemand in Frage. Gerade die jüngsten Zinssenkungen der EZB und die auch innerhalb der EZB umstrittene Ankündigung, den Kauf von Wertpapieren wieder aufzunehmen, zeigen allerdings, dass diese Instrumente der Zentralbanken an Grenzen stoßen: Viel negativer als aktuell

kann der Einlagenzins kaum fallen, und die gewünschte Wirkung der Aufkaufprogramme ist mittlerweile sehr begrenzt.

Neben der Kritik an den geldpolitischen Maßnahmen fällt in die Zeit von Draghi auch die Kritik an der EZB als Institution und damit an ihrer Unabhängigkeit. Dieser zunehmende Vertrauensverlust in die Unabhängigkeit der EZB ist problematisch. Aus gutem Grund wird die Geldpolitik an ein unabhängiges Expertengremium delegiert, da ansonsten die Gefahr besteht, dass eine Regierung über eine zu starke Ausweitung der Geldmenge die Inflation vorantreibt. Unabhängigkeit muss aber verdient und immer wieder begründet werden. Nicht hilfreich war dabei die EZB-Entscheidung, der Troika beizutreten und das Kreditprogramm für Griechenland zu überwachen und dafür Griechenland mit politischen Auflagen zu versehen. Dies lag außerhalb des Mandats der Geldpolitik. Zusätzlich ist es wichtig, dass die EZB noch transparenter wird. Eine Veröffentlichung der Protokolle der Sitzungen, wie es etwa die Fed macht, wäre dazu dienlicher als der jetzige Zustand, wo Stimmungen und Meinungsunterschiede innerhalb des EZB-Rates über Interviews einzelner Teilnehmer nach der Sitzung in die Öffentlichkeit gelangen.

Mario Draghi als ehemaliger Investmentbanker hat die Kommunikation der Märkte verstanden und sie zu lenken gewusst. Seiner Nachfolgerin, Christine Lagarde, fällt die Aufgabe zu, nun auch die Politik und die Öffentlichkeit wieder von der Arbeit der EZB zu überzeugen. Als ehemalige Politikerin ist sie dafür die geeignete Person. Und Isabel Schnabel, die von der Bundesregierung für das EZB-Direktorium nominiert wurde, wird ihre ökonomische Expertise und ihre Fähigkeiten als Wissenschaftlerin gut gebrauchen – für ihre Aufgaben in der EZB und auch, um die Politik der EZB der deutschen Öffentlichkeit nahezubringen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Achim Wambach'.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach Ph.D.

Dieser Beitrag ist zuerst in längerer Version am 24. Oktober 2019 im „Handelsblatt“ erschienen.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon +49 621 1235-132 · gunter.grittmann@zew.de

Felix Kretz · Telefon +49 621 1235-103 · felix.kretz@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2019